

# Antrag Nr. 23-F-63-0049

## Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

---

### Betreff:

Erlaubbare Stadt - Bedingungen für Fußgänger:innen in Wiesbaden verbessern  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zum TOP I.5 der Sitzung des Ausschusses für Mobilität vom 09.03.2023 -

### Antragstext:

Wiesbaden ist eine der fünf Modellstädte des Projekts „Gut gehen lassen“ (2021 - 23), durchgeführt durch den Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e. V. zur strategischen Förderung des Fußverkehrs in Wiesbaden. Nach der Präsentation des Abschlussberichts zum Projekt, am 01.03.2023, möchten wir die zusätzlichen Eingebungen in den laufenden Prozess zur Verbesserung der Fußverkehrsinfrastruktur integrieren und der Fußverkehrsentwicklung in Wiesbaden vorantreiben. Ziel dieser Maßnahmen sollte eine erlaubbare Stadt sein, die zum Flanieren einlädt und in der die kurzen Wege unter zwei Kilometern am direktesten und bequemsten zu Fuß zurückgelegt werden können.

*Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:*

*Der Magistrat wird gebeten,*

- 1) bei allen Straßenbaumaßnahmen (Umbau, Sanierung und Neubau) die Fußverkehrsführung und Barrierefreiheit zu überprüfen und ggf. so zu überarbeiten, dass
  - a. eine ausreichende Gehwegbreite hergestellt wird. Hierbei soll eine Breite von 2,50 m angestrebt werden (EVA; FGSV, 2002). Wenn dies aufgrund der örtlichen Bedingungen nicht umsetzbar ist, soll mindestens 1,5 m nutzbare Breite sichergestellt werden (HBVA; FGSV, 2010a), um immer eine barrierefreie Nutzung mit Kinderwagen, Rollstühlen und Rollatoren zu ermöglichen.
  - b. Gehwege und Übergänge soweit wie möglich von Hindernissen freigehalten werden. Poller, Laternen, Parkscheinautomaten, Ladesäulen u.ä. sind (auch bei nachträglicher Montage) so zu platzieren, dass eine möglichst große freie Gehwegbreite gesichert wird.
  - c. an Übergängen und Ecken eine gute Passierbarkeit und ausreichende Sichtbeziehungen gewährleistet werden. Hierzu können beispielsweise Abstellanlagen für Fahrräder und Elektro-Tretroller genutzt werden, um ein Zuparken des Kreuzungsbereiches zu verhindern.
- 2) ein Programm zur kontinuierlichen Verbesserung der Fußwege-Infrastruktur zu konzipieren und entsprechende Bedarfe zu den Haushaltsverhandlungen anzumelden. Ziel dieses Programms soll es sein, die für Fußgänger:innen kritischsten Stellen im Stadtgebiet zu identifizieren, diese sukzessive nach dem "worst first"-Prinzip zu überarbeiten und mögliche Lücken im Fußwegenetz zu schließen. Das Programm bildet den Rahmen für die Umsetzung entsprechender Beschlüsse der Ortsbeiräte, der Empfehlungen des Projektes „Gut gehen lassen“ sowie der Anregungen von den Quartiersgeher:innen und aus der übrigen Bürger:innenschaft. So wird unabhängig von anderen Baumaßnahmen eine kontinuierliche Verbesserung der Bedingungen für Fußgänger:innen sichergestellt.

## Antrag Nr. 23-F-63-0049

### Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

---

- 3) bei der Parkraumüberwachung zukünftig verstärkt die Freihaltung von Gehwegen und Querungsmöglichkeiten für Fußgänger:innen zu kontrollieren und Verstöße konsequent zu ahnden.
- 4) bei der Optimierung der Lichtsignalanlagen (z.B. im Rahmen von DIGI-V) diese auf ihre Fußgänger:innen-Freundlichkeit hin zu überprüfen. Insbesondere auf stark von Fußgänger:innen frequentierten Übergängen sollten ausreichende Schaltzeiten und eine Querung in einer Ampelphase angestrebt werden. Überall wo es ohne andere Einschränkungen möglich ist, sollten automatische Grünphasen angestrebt werden, ohne dass zuvor ein Knopf betätigt werden muss.

Wiesbaden, 23.03.2023

**Martin Kraft**

Fachsprecher Mobilität, B90/Grüne

**Gregor Buchholz**

Fraktionsreferent, B90/Grüne

**Silas Gottwald**

Fachsprecher Mobilität, SPD

**Mathias Lück**

Fraktionsreferent, SPD

**Mechthild Coigné**

Fachsprecherin Mobilität, DIE LINKE.

**Ingo von Seemen**

Fraktionsgeschäftsführer, DIE LINKE.

**Daniel Weber**

Fachsprecher Mobilität, Volt

**Simone Winkelmann**

Fraktionsreferentin, Volt